

Andreas Beran:

Glücksspielstaatsvertrag: Finanzierung von Beratungsstellen gefährdet

Zur Finanzierung der Beratungsstellen für spielsüchtige Menschen erklärt der suchtpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Andreas Beran:

Die SPD-Landtagsfraktion teilt die Sorgen der Landesstelle für Suchtfragen, die die zukünftige Finanzierung der Beratungsstellen für spielsüchtige Menschen durch eine beabsichtigte Kündigung des Glücksspielstaatsvertrages gefährdet sieht.

Im Koalitionsvertrag ist zwischen CDU und FDP geregelt, dass Schleswig-Holstein den Glücksspielstaatsvertrag kündigt mit dem Ziel, das bestehende staatliche Glücksspielmonopol zu beenden. Gerade dieses Monopol sorgt jedoch dafür, dass es zu einer Finanzierung der Beratungsstellen für spielsüchtige Menschen kommt. Denn der Glücksspiel-Staatsvertrag verpflichtet die Länder zur Bekämpfung der Spielsucht und ihrer Folgen für die Betroffenen und die Gesellschaft.

Vor dem Hintergrund eines desolaten Landeshaushaltes darf man die wenigen, auch sozialen Zwecken dienenden Einnahmen nicht so leichtfertig verspielen!